

Informations-und Diskussionsveranstaltung zu 1,- € Jobs im MKK Dienstag 27.3.2007 DGB Jugendheim Beginn: 19.30 h

1,- € Jobs stellen ein Kernstück der Hartz IV-Gesetze dar. Nahezu tausend ALG II Bezieher sind allein im Main-Kinzig-Kreis hiervon betroffen. Während faktisch eine (fast) All-Parteien-Koalition das Treiben der AQA (Agentur für Qualifizierung und Arbeit) unter dem Landrat Erich Pipa rückhaltlos unterstützt, protestieren Erwerbsloseninitiativen und andere Gruppen gegen diese Politik.

Die Veranstaltung bietet eine kritische Stellungnahme zu Hartz IV und dessen regionaler Umsetzung aus Sicht von Betroffenen. Am Beispiel der **AQA Elektrogeräte recycling in Nidderau-Heldenbergen** soll exemplarisch aufgezeigt werden, wie die öffentlich kaum bekannte Praxis der 1,- € Jobs im Main-Kinzig-Kreis aussieht.

1,- € Jobs verdrängen in großem Umfang reguläre Arbeitsplätze qualifizierter Beschäftigter.

Durch Untersuchungen nachgewiesen ist dieser Arbeitsplatzabbau beispielsweise bei Pflegeberufen und in Kindertagesstätten. Die Bundesagentur für Arbeit stellte in diesen Bereichen einen Rückgang von Stellenangeboten im Pflegebereich fest, der auch von einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bestätigt wird. Es wurde faktisch ein Niedriglohnsektor in verschiedenen Bereichen eingeführt, da es sich in der Regel nicht um zusätzliche oder ergänzende Aufgabenfelder handelt. Somit führt der Einsatz von 1,- € Jobs zu einer Beschleunigung des Stellenabbaus.

1,- € Jobs dienen dem Zwang und der Disziplinierung der Arbeitslosen und der lohnabhängig Beschäftigten

Bereits die „freiwillige“ Eingliederungsvereinbarung (zu deren Zustimmung die Hartz-IV Bezieher gezwungen werden) zieht eine ununterbrochene Kette von Verpflichtungen und Sanktionsandrohungen nach sich. Bei keiner „Einladung“ bei der AQA zu einem Gespräch fehlt die Kürzungsandrohung, kein Jobangebot, Bewerbungstraining oder Unterlagenanforderung ohne entsprechende Hinweise. Von der ursprünglichen Behauptung, 1,-€ Jobs dienen der Wiedereingliederung ins Berufsleben kann keine Rede sein. Stattdessen häufen sich die Fälle, in denen Hartz-IV Bezieher mehrere 1,- € Jobs hintereinander zugewiesen bekommen.

Die nahezu völlige Rechtlosigkeit der Ein-Euro-Jobber setzt den Rahmen, in dem teilweise miese und gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden. Wer sich dagegen zu wehren versucht hat schnell mit Kürzungen bzw. Verweigerung aller Leistungen zu rechnen. Den regulär Beschäftigten wird drastisch vor Augen geführt, was ihnen selbst blühen kann. Aktuell werden nicht nur im öffentlichen Dienst Belegschaften und Betriebsräte mehr denn je mit der Drohung von Kündigungen zu Lohnverzicht und Tarifabsenkungen gezwungen.

1,- € Jobs stellen auch den Versuch dar sich an Arbeitslosen zu bereichern.

Private Arbeitsvermittler, die zehntausende Euro monatlich für Vermittlung und nur auf dem Papier bestehende Betreuung der Ein-Euro-Jobber von den Argen kassieren, haben unlängst Schlagzeilen gemacht (z.B. in Frankfurt). Der Main-Kinzig-Kreis hat hier „kreativere“ Methoden entwickelt und streicht das Geld lieber selbst ein. Schließlich will man ja nicht umsonst eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung von Hartz IV übernommen haben.

Zu fordern ist die Abschaffung der 1,- € Jobs bzw. deren Umwandlung in reguläre, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.
